

Otfried Höffe

Klartext! Klartext?

Vortrag auf dem 5. Kongress
des Verbandes der Redenschreiber deutscher
Sprache

Berlin, 8. September 2011

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otfried Höffe, Leiter der *Forschungsstelle für Politische Philosophie*, Philosophisches Seminar der Universität Tübingen, Bursagasse 1, 72070 Tübingen, Tel: 07071-29 74549; Fax: 29 5052; e-mail: sekretariat.hoeffe@uni-tuebingen.de

Der Grundsatz ist einfach und allem Zweifel enthoben: Die Demokratie verlangt Transparenz und Klartext. Denn wo alle Gewalt vom (Staats-)Volk ausgeht, sind die Bürger der eigentliche Souverän, und dieser Vorgabe von rechtsmoralischem Rang müssen sich alle strategischen Überlegungen unterordnen: bei Politikern der Kampf um Macht und um die nächste Wahl, bei Medien der Kampf um Meinungsführerschaft und den Kommerz. Infolgedessen lautet der *erste*, auch sachlich vorrangige *Grundsatz*: Da Parlament und Regierung im Auftrag des Volkes agieren, schulden sie ihm die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Dieser Grundsatz ist heute umso aktueller, als die lange selbstverständliche Anerkennung der Demokratie, insbesondere der repräsentativen Demokratie, so kräftig erodiert, daß mancherorts sogar die Zukunftsfähigkeit der Demokratie infrage gestellt wird.

Worin nun besteht die geforderte Transparenz? „Transparent“ heißt „durchsichtig“ und meint Offenheit samt jener Ehrlichkeit, von der Kant im Essay *Zum ewigen Frieden* erklärt: „Ehrlichkeit ist die beste Politik“. All denen, die die Politik nur machiavellistisch verstehen, daher glauben, die Welt wolle betrogen werden, hält er den Satz entgegen: „Ehrlichkeit ist besser denn alle Politik“, nämlich besser als alle Schlangenwindungen einer rein an Macht orientieren Politik.

Ein Bild für Transparenz ist die gläserne Aktentasche, in gesteigerter Weise der gläserne Mensch. Allerdings kann niemand dem Menschen in die Seele blicken, streng genommen – das wußte man schon lange vor Freud – nicht einmal in die eigene Seele. Seelenkundig in vollem Sinne, früher sagte man: herzenskundig, ist nur eine allwissende Gottheit.

Viele Menschen ziehen statt der Transparenz, um beim Bild zu bleiben, Milchglas und verspiegeltes Glas vor. Sie denken strategisch und versuchen, im Dienst ihrer Strategie die Transparenz einzuschränken oder sogar aufzuheben. In Diktaturen befindet sich die politische Führung mit dem Volk in einer Art von Kriegszustand. Daher pflegt sie ihre Politik an Grundsätzen der Kriegsführung auszurichten und etwa – die Globalisierung gebietet den Blick auf andere Kulturen - mit Sünzǐ, dem chinesischen Militärtheoretiker aus dem vierten Jahrhundert v. Chr., ihre Politik auf

Täuschung aufzubauen. Sie greift den Feind, also das Volk, dort an, wo es ihn nicht erwartet, hält es für „wichtig, den Feind zu korrumpieren, seine Moral zu untergraben, Zwietracht unter den Führern zu säen und ihn zu vernichten, ohne gegen ihn zu kämpfen“. In der Demokratie ist das Volk aber kein Feind, nicht einmal ein Gegner, sondern die Instanz, in deren Namen die gewählten Politiker tätig sind. In den parlamentarischen Prozessen, einschließlich der Arbeit von Kommissionen und Untersuchungsausschüssen, ist daher keinerlei Täuschung erlaubt. Hier gelten die erwähnten Verbindlichkeiten, als Minimum ein strenges Lüge- und Betrugsverbot, als Steigerung ein Gebot der Offenheit, das sich seinerseits noch in vier Stufen zunehmender Transparenz gliedern läßt:

Die erste Stufe, eigentlich Vorstufe, besteht im Nichtlügen, die Minimalstufe in der wahrheitsgemäßen Antwort auf gestellte Fragen, die nächste Stufe in Antworten, die der Frage nicht ausweichen und die Vollstufe darin, daß man das angesprochene Thema nach bestem Wissen und Gewissen ausbreitet. Die politische Wirklichkeit sieht bekanntlich anders aus. Sie entspricht eher dem, was der britische Schriftsteller Alan Bennet seine Königin vor einem erlauchten Kreis von Politikern sagen läßt: „Nach Argumenten zu suchen, worüber sie lange entschieden haben, ist doch die unausgesprochene Grundlage jedes Untersuchungsausschusses“.

(Die souveräne Leserin)

In der Tat: Ob Regierung oder Opposition - viele politische Reden sind wie Duftkerzen, die eine Politik versüßen, sie noch lieber vernebeln sollen. Denn Politiker sind nicht dumm. Um sich nicht bloß gegen die Konkurrenten, sondern auch gegen die Publikumserwartungen zu behaupten, haben sie die Fähigkeit, Duft- und Nebelkerzen zu werfen, rasch gelernt, zum Beispiel in der Gesundheitspolitik: Um den eklatanten Investitionsmangel in den staatlich geführten Universitätskliniken nicht länger verantworten zu müssen und ihn überdies zu verschleiern, übergab das Land Hessen seine Universitätskliniken Marburg und Gießen einem privaten Träger. „Natürlich“ sprach man nicht Klartext und nannte den Vorgang „Ausverkauf einer verantwortlichen Klinikpolitik“, vielmehr zog man den positiv besetzten Ausdruck „Systemwechsel“ vor.

Ohne Frage widersprechen Duft- und Nebelkerzen der Forderung nach Klartext. Wie weit aber reicht die Forderung? Denn so zweifelsfrei Klartext und Transparenz geboten sind, so zweifelsfrei ist auch, daß das Gebot nicht denselben Rang hat wie Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Gewaltenteilung und freie Wahlen. Wenn aber die Transparenz nicht denselben Rang hat, sind Einschränkungen nicht von vornherein ausgeschlossen. Transparenz ist fraglos geboten und doch kein Selbstzweck. Sie steht vielmehr im Dienst dessen, was wahrhaft in der Politik den Rang eines Selbstzweckes hat; sie dienen dem Triumvirat von Demokratie, Rechtsstaat und Wohlergehen des Gemeinwesens.

Infolgedessen ist es eine berechtigte Frage, wie transparent ein Bundeskanzler vor Rettungsaktionen wie der Geiselbefreiung von Mogadishu agieren muß: Darf er, um des Prinzips Transparenz willen, das Leben der Geiseln und zusätzlich das der Geiselbefreier aufs Spiel setzen? Ebenso berechtigt ist die Frage, ob ein EU-Präsident EU-interne Differenzen zur Schuldenkrise per Brief öffentlich machen darf. Denn der Brief löst eine vorhersehbare (!) Panik an den Börsen aus, die nicht etwa wegen der Kursverluste selber, wohl aber um der Lösung der Schuldenkrise willen zu vermeiden ist. Da bei der ersten Frage, der Geiselbefreiung, die vernünftige Antwort „Nein“ lautet, klugerweise bei der zweiten Frage, den EU-Differenzen, auch, ist Klartext nicht in jeder Situation und um jeden Preis zu verlangen. Vielmehr ist zu überlegen, wie viel Klartext braucht, wie viel Klartext verträgt die demokratische Politik.

Politikerreden werden ständig daraufhin untersucht, ob sie nicht sagen, was sie nicht sagen dürfen. Die Folge liegt auf der Hand: Man sagt nichts Falsches, aber kaum Richtiges. Vor allem spricht man langweilig und so wenig informativ, daß es ein Zeitungskommentar heißt: „Über die Reform der Pflegeversicherung zu reden, ohne etwas zu sagen – diese Kunst beherrscht auch der nun nicht mehr ganz so neue Bundesgesundheitsminister.“

Dieser Unsitte, viel zu reden und nichts zu sagen, tritt ein *zweiter Grundsatz* entgegen, nach dem negativen Minimum, dem Lügeverbot, jetzt ein positives Minimum von Klartext: Der Text selber muß klar sein, also in

philosophischer Bestimmung, hier mit Descartes, „dem aufmerksamen Geist gegenwärtig und offenkundig“ (*Principia philosophiae*, § 45) und nach heutigem Sprachgebrauch einfach, gut verständlich, aber nicht trivialisierend, sondern prägnant und rasch zum Punkt kommend. Das Gegenteil beginnt mit einem gestelzten Stil und einer Packpapiersprache.

Vor Wahlen pflegen Politiker Versprechen abzugeben, die sie bekanntlich kaum einhalten; allzu oft wissen sie sogar, daß sie nicht einzuhalten sind. Darf ein Minister daher sagen, Vorwahl-Reden, sogar Vorwahl-Entscheidungen seien „nicht immer ganz rational“? Bekanntlich hat er Recht und wird trotzdem gescholten. Daß er Recht hat, zeigt die Reaktion auf die BSE-Krise: Baden-Württemberg stellte damals 50 neue Tierärzte ein, Niedersachsen bei etwa gleich großem Rinderbestand keinen. Warum? Im Ländle wurde wenige Monate später der Landtag gewählt, in Niedersachsen erst dreieinhalb Jahre danach. War also der zitierte Minister töricht, da er mit einer Kritik an seinem ehrlichen Wort rechnen mußte? Ist es also besser, keinen Klartext zu reden? Zwingt einmal mehr die Sphäre, die für Transparenz zu streiten hätte, die Öffentlichkeit, dem Politiker den Verzicht auf volle Transparenz auf, um sich mit der Schwundstufe, der Milchglas-Transparenz, zu begnügen?

Um diese Gefahr einzuschränken – denn vollständig bannen läßt sie sich kaum –, legt sich eine verantwortliche Politik selber Fesseln auf, so bei Parteispenden, deren Herkunft ab einer gewissen Höhe offenzulegen ist. Freilich berief sich in der Parteispendenaffäre ein Politiker, sogar Bundeskanzler, auf sein Ehrenwort, das ihm die geforderte Offenheit verbiete. Hier drängt sich die Frage auf, ob das selbstaufgelegte Offenheitsverbot denn zulässig ist. Nimmt man den Ausdruck ernst, so ist ein Ehrenwort, wie ich damals in einem Zeitungsessay formulierte, ein „Versprechen zweiter Stufe, mit dem man die Glaubwürdigkeit des Versprechens erster Stufe verstärkt. Man verspricht, für das Versprochene sich voll einzusetzen.“ Meine damalige Fortsetzung: „Zweifelsohne ist dieser Nachdruck ehrenwert. Vorausgesetzt ist freilich, daß das gegebene Wort selber ehrenwert ist. Ein Mann von Ehre gibt sein Ehrenwort nur im Rahmen einer ehrenwerten Ehre: der Rechtschaffenheit.“ (FAZ, ...) Ursprünglich sprach man dann auch von ehrlich, was als „êrlich“ im

Mittelhochdeutschen „der Ehre Wert“ bedeutet. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Ein vom Volk gewählter und dem Volk verantwortlicher Politiker darf nichts versprechen, schon gar nicht sein Ehrenwort darauf geben, was seinen Pflichten als Abgeordneten bzw. Bundeskanzler widerspricht.

Moralphilosophen sind keine Moralisten, die über die schlechten Weltläufe zu lamentieren pflegen. Über der genannten Verpflichtung vergessen sie nicht, daß demokratische Politik Politik bleibt und große Politik wie ein Schachspiel ist: Man denkt viele Züge voraus, legt aber die eigene Strategie nicht offen. Ein Demokratieverständnis, das dem Politischen der Politik keinen Raum läßt und die eigene Strategie offenzulegen verlangt, ein Demokratieverständnis also, das der Politik die politischen Zähne ziehen will, ist abwegig sachfremd.

Gefährdet ist die Forderung nach Klartext vor allem in Krisensituationen. Denn in ihnen pflegen sich häufig Affekte und Gefühle vorzudrängen, dies nicht selten, um einen Mangel an Argumenten, vielleicht sogar eine argumentative Ratlosigkeit zu verbergen. Dagegen ist an eine Einsicht aus den griechischen Anfängen der Redekunst zu erinnern: Bei einer guten Rede kommt es auf drei Faktoren an, auf Ethos, Pathos und Logos, zu Deutsch: auf den Charakter und die Glaubwürdigkeit des Redners, einschließlich einem leidenschaftlichen Engagement für seine Sache; auf seine Fähigkeit, Emotionen, sogar Leidenschaft zu wecken oder sie zu stärken; und als Kontrapunkt zu Emotion und Leidenschaft braucht es Argumente, und zwar Argumente zur Sache, nicht Hintergedanken und strategische Erwägungen.

Für alle drei Faktoren nimmt die geforderte Transparenz eine charakteristische Gestalt an: Dem Charakter nach sei man eine ehrliche Person, dies freilich nicht notwendigerweise insgesamt, wohl aber auf seinen Aufgabenbereich bezogen. Bei einem Politiker kommt es nicht darauf an, in der Familie und gegen seine Freunde, wohl aber in seinem Beruf ehrlich zu sein. (Allerdings kann private Unehrllichkeit die politische Glaubwürdigkeit untergraben). Hinsichtlich der Emotionen soll man sie weder vorspielen noch an „niedere Instinkte“ appellieren, etwa Wut und Empörung, Angst und Hysterie Vorschub leisten. Schließlich lege man seine tatsächlich geglaubten Argumente und nicht vorgeschobene, der

Publikumsgunst geschuldete, sophistische Gründe vor. Wer diese Bedingungen erfüllt, mag stottern, lispeln oder grammatisch falsche Sätze sprechen und ist doch ein guter Redner.

Hier liegt übrigens einer der Gründe für die repräsentative Demokratie. Nicht nur nach Madison, einem Verfasser der *Federalist Papers* und späteren Präsidenten der Vereinigten Staaten, soll sie der Politik zu weniger (schwankender) Emotionalität und zu mehr Rationalität verhelfen. Geboten ist jedenfalls eine dreifache, eine charakterliche, eine emotionale und eine argumentative Transparenz.

Freilich darf man nicht naiverweise die sichtbare Seite von Ethos, Pathos und Logos stets für sie selber zu nehmen. Ein Gegenbeispiel, die Figur des zum Aufhetzen fähigen Redners, des Demagogen, kennen wir seit langem. Ich zitiere aber einmal nicht einen antiken Griechen, sondern einen erfahrenen US-Romancier, der einen Fernsehmoderator sagen läßt, das Wichtigste in seinem Metier sei Aufrichtigkeit. So weit ist man als Zuschauer, wenn man denn noch fernsieht, erfreut. Der Zusatz raubt aber alle Freude: „Sobald du gelernt hast, wie man die Aufrichtigkeit vortäuscht, ist der Rest ein Kinderspiel.“ Oder wie der Kennedy-Vater seinem Sohn gesagt hat: „Es kommt nicht darauf an, was du bist, sondern wofür man Dich hält“ oder mit der Leiterin einer Journalisten-Schule: „Anteilnahme und Leidenschaft dürfen bei einer Journalistin nur simuliert sein“.

Nun leben wir in einer Mediendemokratie; daher dürfen wir hoffen, uns aber nie sicher wähnen, die uns erscheinende Aufrichtigkeit sei wahrhaftig. In zynischer Zuspitzung: Aufrichtigkeit ist nichts als Täuschung, ein etwaiger Akt der Reue nichts als eine kalkulierte Inszenierung, um von der Öffentlichkeit Mitgefühl zu erfahren. Oder als exemplarische Frage: Darf man die ökologische Aufrichtigkeit eines Politikers in Zweifel ziehen, wenn man später erfährt, daß er Unternehmen berät, deren ökologische Sensibilität bedenklich ist?

Die genannten Faktoren des Klartextes, die Glaubwürdigkeit des Redens, seine Fähigkeit, Emotionen zu wecken, und die Fähigkeit zu argumentieren, treten schon vor dem Text, nämlich mit der Auswahl der Themen, ins Spiel. Wenn die Lissabon Verträge und die 60 Jahresfeier zum Kriegsschluß in

denselben Zeitraum fallen, fehlt es den politischen Eliten an Klartext, wenn sie, statt die Verträge von Lissabon gründlich zu diskutieren, als Parlamentarier lieber das Kriegsende und als Journalisten lieber alliierte Veteranen des Zweiten Weltkrieges „feiern“. Damals fehlte es den Eliten schon an Charakter, nämlich an Courage und eigenem Engagement, ferner an jener Emotion und Argumentation, die in einer zündenden Rede ein nicht mehr europa-enthusiastisches Land trotzdem von Europa zu überzeugen vermögen. Warum fehlte es an Klarheit? Vielleicht aus einem Grund, der generell zutrifft: Zu Klartext ist bereit, wer über Selbstbewußtsein und Selbstachtung verfügt; dagegen vermeidet Klartext, wem es an beidem, an Selbstbewußtsein und Selbstachtung, gebricht.

Ein besonderes Gewicht erhält das Transparenzgebot nach massivem politischen Unrecht. Für die „Wahrheitskommissionen“ nach den Militärdiktaturen in Mittelamerika oder dem Apartheitsregime in Südafrika, für die Aufklärung über das Blutbad von Srebrenica, auch über den Absturz des mit der politischen Führungselite Polens besetzten Flugzeugs bei Katyn trifft das pathetische Wort zu: Die Wahrheit wird uns frei machen.

Weil die Wahrheit existentiell so wichtig ist, wird aber um sie gestritten, darüber hinaus um sie gefeilscht. Gelegentlich will man sie ermäßigen. Selbst unter Freunden und unter Lebenspartnern kommt vor, was im Geschäftsleben und eben auch in der Politik allzu oft üblich ist: Man muß nicht dem US-amerikanischen Journalisten J.F. Stone glauben: „Jede Regierung wird von Lügnern geführt“ mit der dann selbstverständlichen Fortsetzung: „und man sollte nicht glauben, was sie sagen.“ Wer klug ist, rechnet aber damit, daß ihm Halbwahrheiten und Dreiviertelwahrheiten angeboten werden und selten, wie es in Shakespeares *Wintermärchen* heißt, „die reinste Wahrheit“. An anderer Stelle wird die Wahrheit verdreht oder versteckt; es kommt zur Unwahrheit, zur Lüge, dabei sowohl zur Notlüge als auch den sogenannten weißen Lügen („white lies“). Nicht zuletzt gibt es klare Texte, die doch verlogen sind, zum Beispiel ein Friedensangebot, mit dem man nur Zeit gewinnen will, um später umso erfolgreicher loszuschlagen. Ohnehin behauptete der französische Staatsmann Talleyrand, dem Menschen sei die Sprache gegeben, um seine Gedanken zu verbergen.

Zur Offenheit in der Politik gehört auch das Eingeständnis, oft unter Zeitdruck und mangels hinreichender Expertise entscheiden zu müssen. Hier verlangt die Fairneß von beiden sowohl von der Opposition als auch von der Öffentlichkeit, entsprechenden Entscheidungsdruck anzuerkennen. Trotzdem lasse man sich nicht das Recht nehmen, gravierende Fehlentscheidungen heftig zu kritisieren. Vor zweierlei sollten sich aber alle Seiten hüten: vor einer hochfahrenden Selbstgerechtigkeit und vor jener parteilichen Selektion, die manche Fehler jahrzehntlang, andere so gut wie gar nicht kritisiert.

Gegen das Gebot „Klartext“ verstößt fraglos manche Reaktion auf die Fukushima-Katastrophe: Statt eine mangelnde Courage zuzugeben, nämlich einzuräumen, daß man die angeblich doch wohlüberlegte Politik der Brückentechnik – die ohnehin der Atomkraft noch einige Jahre bleibt – der Angst vor der veröffentlichten Meinung opfert, daß man daher in Kauf nimmt, es aber nicht auszusprechen wagt, gegebenenfalls französischen und tschechischen Atomstrom einzukaufen, auch polnischen Strom aus CO₂-reichen Kohlewerken, daß man sich einer autokratischen Demokratie wie Rußland ausliefert, daß die schon in den letzten Jahren deutlich gestiegene Gefahr von Netzunterbrechungen enorm steigen wird, der Strompreis sich erhöhen und der Bau der auf viele tausend Kilometer geschätzte Stromtrassen vorhersehbaren Bürgerwiderstand mobilisieren wird, weiterhin daß man mit dem AKW-Verzicht die jahrelang prioritäre CO₂-Reduktion auf die längere Bank schiebt, statt also diese keineswegs schon vollständige Liste von Schwierigkeiten auszusprechen, zeichnet sich Deutschland wieder einmal vor seinen Nachbarn durch ein höheres Maß von Angst, sogar Hysterie aus.

Nun mag bei diesem Thema und angesichts der unter Journalisten dominanten Vorliebe für Grün Klartext als politischer Selbstmord erscheinen. Aber der Kurswechsel war so radikal wie hasenfüßig, dass er sich bekanntlich nicht einmal in der Wähler- und Publikumsgunst ausgezahlt hat.

Vielleicht noch deutlicher verstößt gegen das Gebot „Klartext“ die allseits verdruckste Debatte um die Rettungspakete für Griechenland und um die in

weiteren Ländern drohenden Finanzierungsgefahren. Statt dessen zog man es zwischenzeitlich vor, den Ratingagenturen einen Korb zu verpassen. Um den Zustand der betreffenden Staatsfinanzen zu vernebeln, sollten Urteile über die Kreditwürdigkeit von Staaten verboten werden. Oder man erklärt die Vision Europa für gefährdet, obwohl nur „Euroland 17“ bedroht ist. In Wahrheit brauchen beide, Ökonomie und Politik, das aus Transparenz gespeiste Vertrauen. Ohne Vertrauen gibt es nämlich keinen Kredit, was nichts anderes als Vertrauenswürdigkeit (eines Schuldners) heißt, und ohne Kredit ist keine Lösung der Probleme zu erwarten. Aus hohen Kreisen hört man, natürlich sei bekannt, daß Griechenland insolvent sei, in gewisser Weise schon jetzt, zweifellos aber in sehr naher Zukunft. Man dürfe es bloß nicht aussprechen, denn die vermuteten finanzpolitischen Folgen seien katastrophal: Sparer höben fluchtartig ihr Geld ab, während Banken, auch Versicherungen, nicht genug Reserven hätten, um auszuzahlen. Unterstellt, das Szenario trifft zu, ist trotzdem zu fragen: Darf man das Volk weiterhin hinters Licht führen? Ist es jene Not-Lüge aus Menschenliebe, die der große Moralphilosoph Kant gerade nicht als „Recht“ anerkannt hat.

Politische Ehrlichkeit geböte erstens zuzugestehen, daß eine Rettung des Euros, die Griechenland einschließt, viel Geld kostet. Deshalb ist zweitens eine ergebnisoffene Debatte zur Frage zu führen, ob sich die Kosten auch lohnen, zumal gegenüber einem Land, das sich bislang weder durch volle Ehrlichkeit noch durch überragende Reformbereitschaft ausgezeichnet hat. Schließlich sollte man einräumen, daß die Behauptung, Deutschland habe am meisten vom Euro profitiert, nicht unumstritten ist, denn der deutsche Export in Nicht-Euroländer ist stärker als der in Euroländer gestiegen. Jedenfalls ist in dieser Lage die Berliner Spracharmut durch ein offenes Wort zu überwinden, durch keine triviale, wohl aber eine nachdenkliche Rede.

Allerdings ist auch dieses richtig: Kompromißlose Offenheit, gläserne Transparenz, hat nicht immer den Status eines bloßen *Offenlegens*. Gelegentlich wird das Offenlegen zum Eingreifen, die Praxis der Transparenz also zur Aktion. Insofern ist der erste Grundsatz, das Gebot zur Wahrheit und nichts als der Wahrheit, „einfach“ in der doppelten Bedeutung von „leicht zu verstehen“ und „schlicht, simpel“. Begnügen wir uns mit der

schon genannten, jetzt ausführlicher skizzierten Frage: Darf ein EU-Kommissionspräsident Differenzen innerhalb der EU zur Schuldenkrise per Brief öffentlich machen? Die naheliegende, zudem Klartext-Antwort lautet: Warum nicht? Denn erstens wisse man doch um die Differenzen, und zweitens solle man endlich die konkurrierenden Therapievorschläge zur Finanzkrise transparenter machen. Der Brief löse aber eine – vorhersehbare! – Panik an den Börsen aus. Somit sprach sich in dem Brief vermutlich eher politische Torheit als demokratische Transparenz aus.

Im mitmenschlichen Bereich folgen wir jedenfalls dem Grundsatz, nicht alles müsse ans Licht gezerrt, nicht jede Wahrheit müsse ausgesprochen werden. In diesem Grundsatz zeigen sich Diskretion, Rücksichtnahme, Sympathie und Empathie, also Gesichtspunkte von Humanität. Ihretwegen ist entsprechendes Handeln meilenweit entfernt von Unlauterkeit und Verschlagenheit, auch von mangelnder Courage. Offensichtlich kommt es dabei auf die jeweilige Situation an. Am Krankenbett sind Feinfühligkeit und Behutsamkeit gefordert, während die nackte Wahrheit mitleidlos und erbarmungslos sein kann. In anderer Situation ist das Verschweigen unangemessen, beläuft sich vielleicht sogar auf Heuchelei.

Wie verhält es sich nun in der Politik? Ist auch hier bei entsprechender Gelegenheit Diskretion aus Respekt gefragt, oder ist für alle Bereiche und zu jeder Zeit die nackte, die mitleidlose Wahrheit unverzichtbar? Angesichts der „wachsenden Informationsmacht des Staates“ bildet die Transparenz, hat die Judikative vor sechs Jahren formuliert, eine wichtige Voraussetzung für die „effektive Wahrnehmung von Bürgerrechten“. In der Tat dient Transparenz der Kontrolle; sie hilft gegen Mauschelei und Klungelei; und sie ist unverzichtbar beim Kampf gegen Korruption.

Politiker sind weder Ärzte, die ihren Patienten, noch Kriminalbeamte, die Angehörigen eines Mordopfers die Wahrheit schonend beibringen müßten. Warum sollte man mündigen Bürgern miliche Wahrheiten unterschlagen, etwa daß Griechenland beim Eintritt in die Wahrungunion unehrlich war, ferner daß europäische Politiker, aber auch investigative Journalisten die griechischen Berichte nicht sorgfältig genug kontrolliert haben? Warum sollte man die Bürger nicht andererseits daran erinnern, daß Griechenland

trotz allem ein souveräner Staat ist, dessen Souveränität und Selbstachtung zu beachten sind? Eine weitere Frage: Ist es erlaubtes Taktieren, sich gegen Eurobonds zu wehren, um die anderen Länder zu ernsthaftem Sparen zu veranlassen und jetzt schon zu wissen, daß die Eurobonds bald unumgänglich sind?

Wie auch immer man diese Fragen beantwortet – zusätzlich ist zu überlegen, ob von der Transparenz nicht gewisse Dinge grundsätzlich auszusparen sind: Muß sich beispielsweise ein Politiker gefallen lassen, daß sein Privatleben auch in den Bereichen durchleuchtet wird, die rein privat, daher aller Gefahr von Mausehelei und Korruption enthoben sind? Die Frage geht weiter: Muß der Bürger seiner Neigung, daß es menscheit, nachgeben und so stark am Privatleben der Politiker interessiert sein, daß diese, um die Neugier zu befriedigen und dabei an Ansehen zu gewinnen, aus freien Stücken aus ihrem Privatleben plaudern, dann selbstverständlich das Privatleben im Sinne erwarteter Publikumsgunst beschönigen?

Und wie sieht es in der eigentlichen Politik aus: bei der gewaltsamen Demokratisierung eines Landes, hinter der auch geostrategische Interessen stehen; oder beim Ausscheren aus einer Allianz-Politik, nur um die nächste Wahl zu gewinnen; wie bei diplomatischen Verhandlungen über sensible Themen? Gewisse Bereiche verlangen erfahrungsgemäß generell Diskretion, nicht nur die Welt der Geheimdienste, sondern auch die Außenpolitik, ohnehin die Diplomatie. So beklagt Frankreich – ob zu Recht, sei dahingestellt – einen Mangel an vertraulichen Gesprächen mit Deutschland. Zum Vertrauen gehört aber an entsprechender Stelle Vertraulichkeit. Im Übrigen gehören Vertraulichkeit und Diskretion nicht nur zu den Funktionsbedingungen in manchem Politikbereich. Sie sind wie gesagt auch ein Zeichen von Respekt.

Ein Beispiel für fehlende Diskretion: Der Sohn von Prinz Charles, Prinz Harry, war in Afghanistan im Einsatz. Als die britischen Medien darüber berichteten, mußte der Prinz zurückgezogen werden. Denn jene Anonymität war nicht mehr gewahrt, die für seine eigene Sicherheit, aber auch für die Sicherheit seiner militärischen Umgebung nötig war. Ein Gegenbeispiel, vorsichtigerweise als Frage formuliert: Ist es, unter stillschweigender

Berufung auf Diskretion, einer europäischen Regierung erlaubt, die eigene Bevölkerung, die europäische Öffentlichkeit und die anderen Regierungen darüber zu täuschen und über Monate zu leugnen, daß sie vorhersehbar Geld aus dem Europäischen Rettungsfonds braucht? Hier wäre jene Mitte gefragt, die nach einem Meister meiner Profession, Aristoteles, Zeichen von Tugend ist, nämlich eine Mitte, die sowohl der Schönfärberei als auch der Hysterie und dem Alarmismus entgeht.

Für Einzelfälle braucht es die angedeutete Urteilskraft, jenes Fingerspitzengefühl, das anspruchsvoller „esprit de finesse“ heißt. Es lassen sich aber allgemein gültige Gesichtspunkte benennen, die sich in einem *dritten Grundsatz* zusammenfassen lassen. Er besteht vornehmlich aus Verboten: Unzulässig sind Einschränkungen der Transparenz aus rein strategischen oder gar machiavellistischen Gründen: Intransparenz ist weder zum Tarnen und Täuschen noch zum bloßen Machterhalt erlaubt, schon gar nicht, um sich der Kontrolle seitens der Öffentlichkeit zu entziehen. Die Demokratie bleibt eine Regierungsform, die den Bürgern Rechenschaft schuldet.

Man kann den dritten Grundsatz auch positiv, als Gebot in vier Teilen, formulieren: Eingeschränkte Transparenz ist erstens nur vorübergehend, mithin als zeitverschobene Doch-Transparenz zulässig. Sie ist zweitens bloß dort erlaubt, wo das Gemeinwohl es erfordert, drittens so, daß man seinem politischen Gegner im analogen Fall dasselbe Recht zugestände, und vor allem so, daß man es im Nachhinein vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen fähig und bereit ist. Eine derart aufgeschobene Transparenz ist von Intransparenz strikt verschieden. Dort wird die Transparenz nur verzögert; hier findet sie gar nicht statt, was einen *vierten Grundsatz* aufdrängt: Intransparenz etwa aus Paternalismus, weil man es besser als das angeblich nicht ganz mündige Volk weiß, darf es nicht geben. Schon die Frage, wieviel Klarheit das Publikum verträgt, ist einer demokratischen Öffentlichkeit nicht würdig. Statt dessen sind Aufklärung des Staatsvolkes und Versuche, es zu überzeugen, gefordert.

Statt Bilanz zu ziehen komme ich noch einmal auf den dritten Grundsatz zurück. Seine vier Teilkriterien kann ein Politiker als Frage an sich selbst

formulieren: Bin ich fähig und bereit, die eingeschränkte Transparenz später aufzuheben, sie also tatsächlich nur als vorübergehend zu praktizieren? Bin ich fähig und bereit, beides, die vorübergehende Außerkraftsetzung und die Gemeinwohlverpflichtung der vorübergehenden Außerkraftsetzung, zu rechtfertigen? Oder für den Wechsel von Regierung und Opposition: Würde ich als Opposition die Intransparenz erlauben, die ich jetzt als Regierung der Opposition zumute? Dort, wo die ehrliche Antwort „ja“ lautet, handelt man gemäß drei berühmten Maximen Kants. Eine aufgeschobene Transparenz, die ihnen genügt, hilft unsere Demokratie zukunftsfähig zu halten¹: Selber denken; an der Stelle jedes anderen denken; mit sich einstimmig denken.

¹ Vgl. O. Höffe, Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik, Becksche Reihe: München 2009